

Peter Lattmann, Urs

Der Weg zum Lehrberuf auf dem zweiten Bildungsweg

Beiträge zur Lehrerbildung 9 (1991) 1, S. 6-18



Quellenangabe/ Reference:

Peter Lattmann, Urs: Der Weg zum Lehrberuf auf dem zweiten Bildungsweg - In: Beiträge zur Lehrerbildung 9 (1991) 1, S. 6-18 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-132016 - DOI: 10.25656/01:13201

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-132016>

<https://doi.org/10.25656/01:13201>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Zeitschrift zu Theorie und Praxis der Aus- und
Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern

BEITRÄGE ZUR LEHRERINNEN-
UND LEHRERBILDUNG

Organ der Schweizerischen Gesellschaft für
Lehrerinnen- und Lehrerbildung (SGL)

ISSN 2296-9632

<http://www.bzl-online.ch>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

DER WEG ZUM LEHRERBERUF AUF DEM ZWEITEN BILDUNGSWEG - BEISPIEL KANTON AARGAU

Urs Peter Lattmann, Zofingen

Im August 1991 wird an der Höheren Pädagogischen Lehranstalt des Kantons Aargau (HPL) in Zofingen die neue Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer an Primar- und Realschulen auf dem zweiten Bildungsweg eröffnet. Dieser Ausbildungsweg steht Berufsleuten mit abgeschlossener Berufslehre und mindestens dreijähriger Berufserfahrung offen. Das Studium dauert sechs Semester. Gegenüber dem früheren zweijährigen "Sonderkurs" für Berufsleute - er entstand als Notmassnahme gegen den Lehrermangel - handelt es sich bei diesem Ausbildungsweg um eine dauernde Einrichtung bzw. um einen weiteren regulären Zugang zum Lehrstudium und zum Lehrerberuf. - Im folgenden Beitrag werden im Anschluss an einige grundsätzliche Überlegungen zu diesem Ausbildungsweg und einige Erfahrungen mit den früheren sogenannten "Sonderkursen" die Idee und die Grundzüge des Konzepts dargestellt.

Mit der zweifachen Nennung von "Weg" in der Überschrift zu diesem Beitrag möchte ich auf die zwei Schwerpunkte der folgenden Ausführungen hinlenken: Im ersten Teil halte ich einige Ereignisse und grundsätzliche Überlegungen zur Entstehung des Ausbildungsganges zum Beruf der Lehrerinnen und der Lehrer auf dem zweiten Bildungsweg fest. Im zweiten Teil beschreibe ich das entsprechende Ausbildungskonzept des Kantons Aargau mit ersten Einblicken in die Realisierungsvorgänge und einem Ausblick.

1. SKEPSIS UND CHANCE

Als ich zu Anfang der 80er Jahre begann, mich mit der Frage der (Wieder)Einführung des zweiten Bildungsweges in der Lehrerausbildung zu beschäftigen, fand ich in der Fachliteratur über die Lehrerbildung und den Lehrerberuf kaum Hinweise zu diesem Thema. Dies erstaunte mich. Denn einerseits wurde die systematische und wissenschaftliche Beschäftigung mit der Aus- und Fortbildung und mit der Berufstätigkeit der Lehrerinnen und der Lehrer seit Mitte der 60er Jahre auch in der Schweiz intensiviert. Andererseits erwog man seit den 50er Jahren in verschiedenen Kantonen, zur Behebung des Lehrermangels Berufsleute zu Lehrkräften auszubilden. Aber: Man sah - mindestens in den Anfängen - in der Heranbildung von Berufsleuten zur Lehrerin und zum Lehrer wohl keine "echte" Lehrerbildung. Kurse für Berufsleute waren damals - so weit ich es beurteilen kann - nirgends als Dauereinrichtung im Sinne eines alternativen Weges innerhalb der Lehrerbildung vorgesehen. Dort, wo die Idee eines solchen Ausbildungsweges realisiert wurde, geschah dies unter dem Titel "Notstandssituation" und

"Notstandsmassnahme" infolge des bedrohliche Ausmasse annehmenden Lehrermangels. So sprach man denn auch nicht von einer eigentlichen Ausbildung, sondern von "Sonderkurs", "Umschulungskurs" und ähnlichen Hilfsbezeichnungen.

In Jubiläumsschriften über Lehrerbildungsanstalten, in denen auf diese Notmassnahmen meist kurz verwiesen wird, und in behördlichen Dokumenten lassen sich die Vorbehalte gegen diese Art von Lehrerbildung heraushören oder werden sie direkt angesprochen.¹ So z.B. regte sich auch im Kanton Aargau 1955/1956 Opposition gegen den Plan, einen zweijährigen Sonderkurs für Berufsleute einzuführen, um die grössten Probleme des Lehrermangels etwas mildern zu können. Der aargauische Lehrerverein veranstaltete am 28. Januar 1956 eine Aussprache,

"in der das Dafür und Dawider konfrontiert wurden. Hauptbedenken: In bloss zwei Jahren lässt sich mit Leuten, welche jahrelang der Schule fern waren, nicht eine genügende Allgemeinbildung erarbeiten. Oberflächlich ausgebildete Lehrer senken das Niveau unserer Volksschule und schädigen das Ansehen des Lehrerstandes. Gegenargumente: Echte Bildung wird nicht gemessen am Umfang des erarbeiteten Wissensstoffes, wesentlich ist die durch den Bildungsprozess erreichte seelisch-geistige Form, die Persönlichkeit. Solche Form kann auch durch eine Berufslehre und Betätigung geistiger Interessen ausserhalb eines normalen Schulganges gewonnen werden (...). Ergebnis der Aussprache: Die Durchführung eines Sonderkurses wurde von der Lehrerschaft weder befürwortet noch bekämpft."²

Mir scheint, die Situation rund um die Ausbildung von Berufsleuten zu Lehrerinnen und Lehrern und deren Berufspraxis begleite ein Widerspruch: Zwar wurde und wird in der Bevölkerung, in der Lehrerschaft und bei Fachleuten die Arbeit der zu Lehrkräften "umgeschulten" Berufsleute tendenziell positiv beurteilt. Gleichzeitig aber wurde mit dem Abklingen des Lehrermangels oder gar infolge des Lehrerüberflusses in den 70er Jahren die seinerzeitige "Notmassnahme" meistens wieder abgeschafft (s. aber den folgenden Beitrag aus dem Kanton Thurgau). Auch wird seit Beginn der 60er Jahre die Frage der Berufsmobilität in einer modernen, offenen Gesellschaft in Fachkreisen und in der Praxis breit und intensiv diskutiert.³ Etwa um die gleiche Zeit begannen auch Fragen zur Lehrerbildung und Lehrerbildungsreform zu einem der zentralen sozial- und erziehungswissenschaftlichen und bildungspolitischen Kern- (und Dauer-)thema zu werden. Dabei war der Aspekt der "Berufswelt- und Lebensferne" von Lehrkräften in beinahe

¹Ich habe bei meinen Nachforschungen vorläufig keine Arbeiten gefunden, in denen diese Thematik aufgearbeitet ist. Es ist anzunehmen, dass als mögliches Quellenmaterial neben Festschriften Jahresberichte der betreffenden Lehrerbildungsanstalten und behördliche Vorlagen sowie Verlautbarungen von Berufsverbänden beigezogen werden müssten.

²Bericht über die aargauischen Sonderkurse 1956-1979 zur Umschulung von Berufsleuten zu Primarlehrern, S. 1.

³Vgl. z.B. Daheim H.: Der Beruf in der modernen Gesellschaft. Berlin 1967.

stereotyper Form stets gegenwärtig.⁴ Auch das Thema "zweiter Bildungsweg" im weiteren Sinne war - gerade auch im Zusammenhang mit dem Postulat nach beruflicher Mobilität - zu dieser Zeit im öffentlichen Bewusstsein gegenwärtig und Gegenstand wissenschaftlicher und bildungspolitischer Arbeiten.⁵

Angesichts dieser Situation könnte man eigentlich annehmen, dass in Reformprojekten zur Lehrerbildung das Thema Ausbildung von Berufsleuten zu Lehrkräften über den zweiten Bildungsweg einen hohen Stellenwert einnehmen müsste. Doch, wie oben erwähnt, konnte die Idee dieses Ausbildungsweges auf konzeptioneller und institutioneller Ebene zu dieser Zeit kaum irgendwo echt Fuss fassen. So erscheint es sozusagen folgerichtig, wenn die eidgenössische Expertenkommission der Erziehungsdirektorenkonferenz "Lehrerbildung von morgen" (LEMO) in ihrem 330seitigen Expertenbericht dieser Frage nur etwas mehr als eine Seite widmet. Da "die Existenzberechtigung solcher Kurse (...) umstritten" sei und die Gefahr bestehe, "bei Plädoyers für Umschulungskurse sich dem Vorwurf auszusetzen, mit 'billigen Lösungen' dem Prestige der Lehrerbildung zu schaden und den Forderungen nach Qualitätsverbesserungen der Lehrerbildung (...) in den Rücken zu schiessen"⁶, verzichtete die Kommission auf die Behandlung dieser Thematik. Man mag diesen Verzicht bedauern. Aus der kontextuellen Situation und dem Hauptanliegen der Kommission heraus ist die Haltung verständlich. War es doch in jenen Jahren dringend notwendig, der Lehrerbildung in der Schweiz zu einer zeitgemässen und zukunftsweisenden Identität zu verhelfen. Um dieses Ziel zu erreichen, musste zunächst inhaltliche Grundlagenarbeit geleistet werden. Zu lange waren inhaltlichfachliche und berufsfeldbezogene Arbeiten und Lösungsansätze durch die vorherrschenden organisatorischstrukturellen Themen (Dauer, Gliederung, seminaristisch versus nachmaturitär usw.) zur Stagnation verurteilt.

Wie die Weiterentwicklungen der Lehrerbildung in den einzelnen Kantonen zeigen, haben die LEMO-Kommission und ihr Bericht - neben andern Arbeiten und Faktoren - wesentlich zum Aufbau einer neuen Lehrer- und Lehrerbildungsidentität in der Schweiz beigetragen. Der Grundgedanke des LEMO-Berichts, die "Professionalisierung des Lehrerhandelns durch die Orientierung der Ausbildung an den Erziehungs- und Bildungswissenschaften sowie an der beruflichen Praxis"⁷ wurde zunehmend auch zum Leitgedanken in der Berufsbildung und der Berufspraxis von Lehrerinnen und Lehrern der Volksschule.⁸

⁴Am deutlichsten sichtbar wird diese Thematik wohl in den Fragen um die Gestaltung und Bedeutung (und in den z.T. widersprüchlichen und illusionären Erwartungen) von ausserschulischen Wirtschafts- und Sozialpraktiken für angehende Lehrkräfte.

⁵Vgl. z.B. Sauter K.: Der zweite Bildungsweg in der Schweiz. Dissertation, Zürich 1972.

⁶Müller F. (Hrsg.): Lehrerbildung von morgen. Hitzkirch: Comenius 1975, S. 96f.

⁷Reusser K.: Anmerkungen zur Vermittlung von "Theorie" in der Lehrerbildung. In: Beiträge zur Lehrerbildung, 3, 1989, S. 425-437

⁸Vgl. z.B. Heft 2/90 der Beiträge zur Lehrerbildung mit dem Schwerpunktthema "Lehrer(innen)bildung der 90er Jahre"; darin insbesondere der zusammenfassende Beitrag von H. Wyss: Entwicklungslinien künftiger Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, aufgesucht und nachgezeichnet anhand dreier kantonaler Leitbilder, S. 136-145.

Es versteht sich, dass diese Leitvorstellung und die inhaltlich-sachlichen Ansprüche, die an die "reguläre" Berufsausbildung zur Lehrerin und zum Lehrer gestellt werden, auch für die Ausbildung auf dem zweiten Bildungsweg Gültigkeit haben müssen. Es ist anzunehmen, dass heute aufgrund einer differenzierteren Sichtweise und veränderten Praxis schulischer und beruflicher Bildung die Berufslehre und Berufspraxis als Voraussetzung für eine Lehrerausbildung weniger skeptisch beurteilt und mit weniger Vorurteilen behaftet wird. Dazu werden die tendenziell positiven Erfahrungen, die mit der bisherigen Praxis dieses Ausbildungsweges gemacht werden konnten, beitragen⁹. In diesem Zusammenhang müssten auch die Erfahrungen, die mit der Öffnung von Studiengängen an Universitäten für Berufsleute gemacht werden, aufgearbeitet werden.¹⁰ Impulse werden auch die diesbezüglichen Bemühungen der EDK auslösen.¹¹ Angesichts der dem Beruf der Lehrerin und des Lehrers zahlreichen inhärenten Probleme (u.a. Verbindung Berufswelt-Schule, Berufsmobilität, Alter bei Berufsbeginn usw.) wäre es denkbar, dass der Beruf der Volksschullehrerin und des Volksschullehrers zunehmend auch ein Beruf wird, der "regulär" als Zweitausbildung erlernt wird.¹²

⁹Vgl. Anm. 2; diese Beurteilung beruht einerseits auf Hinweisen im zitierten Bericht über die aargauischen Sonderkurse (Anm. 2) und in Schäfer P.: Die Entwicklungen der Lehrerbildung im Kanton Aargau (in: Festschrift zur Eröffnungsfeier der Höheren Pädagogischen Lehranstalt des Kantons Aargau, Zofingen 1976, S. 51-63). Andererseits sind es eigene positive Erfahrungen mit Absolventinnen und Absolventen einer solchen Ausbildung sowie Äusserungen von örtlichen und kantonalen Behörden, Vertretungen der Lehrerschaft und der "Volksmeinung". Systematische bzw. wissenschaftlich fundierte Befunde in diesem Zusammenhang sind mir nicht bekannt. Auch aus den publizierten Ergebnissen der Untersuchung von Hirsch u.a. über "Einstellungen, Engagement und Belastung bei Zürcher Oberstufenlehrern" lassen sich für unseren Zusammenhang keine grundsätzlichen Erkenntnisse gewinnen (Hirsch G. et al: Wege und Erfahrungen im Lehrerberuf. Bern und Stuttgart 1990). Hingewiesen sei auf die Angaben über die Anteile der Lehrkräfte mit Zweitausbildung bei den verschiedenen Lehreridentitätstypen im Buch "Biographie und Identität des Lehrers" von G. Hirsch (München 1990), jeweils in den Abschnitten "soziale Herkunft und berufliche Laufbahn" sowie den Beitrag von G. Hirsch in dieser Nummer.

¹⁰Vgl. dazu den Bericht der Universität Genf von A. Lemaire: Rapport établi à la demande du rectorat sur les étudiants non titulaires d'un certificat de maturité (ou titres équivalent) durant les années 1977-1981. Genf 1982.

¹¹Vgl. dazu das Postulat "Zugänge zur Lehrerbildung" der EDK in Badertscher H.: Ausschuss Lehrerbildung der PK/EDK: Perspektiven und Projekte. In: Beiträge zur Lehrerbildung, 3, 1990, S. 311-317 sowie das Mandat der Pädagogischen Kommission der EDK für die Studiengruppe "Zugänge zum Lehrerberuf für Berufsleute" vom August 1990.

¹²In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass in der "Gesamtkonzeption Lehrerbildung" des Kantons Bern als Voraussetzung für die Lehrerbildung die Berufsbildung neben jener des Gymnasiums und des Seminars genannt wird; vgl. dazu die Beiträge in: Neue Lehrerbildung, in: Schulpraxis 2, 1989. Die gleiche (bereits praktizierte) Grundhaltung liegt dem Lehrerbildungskonzept im Kanton Thurgau zugrunde (vgl. den entsprechenden Beitrag in dieser Nummer). In diesem Zusammenhang wäre ebenfalls die Diplomarbeit von Susanne Steiner: Lehrerbildung als Zweitausbildung für Berufsleute. Utopie oder ein Ansatz für eine moderne, gesellschaftsbezogene Lehrerausbildung? Diplomarbeit im Ausbildungskurs für Seminar-

Ein regulärer Zugang zur Lehrerbildung für Personen mit Berufslehre und Berufspraxis kann für die Lehrerbildung, für die Schule und den Berufsstand eine Bereicherung und für jene, die diesen Weg wählen, eine Chance sein.

2. ANKNÜPFUNG UND NEUBEGINN

Auch im Kanton Aargau wurden die seit 1956 regelmässig durchgeführten zweijährigen Sonderkurse "zur Umschulung von Berufsleuten zu Primarlehrern" 1977, zur Zeit des Lehrerüberflusses, wieder aufgehoben. Insgesamt fanden 13 Kurse (viermal als Doppelkurs) statt.

Einige Erfahrungen, die mit dieser Ausbildung gemacht wurden und die der erwähnte Bericht festhält¹³, sind auch hinsichtlich der Darstellung gegenwärtiger Modelle und Erfahrungen interessant.

Erfahrungen

Die anfängliche Skepsis und die Vorbehalte gegenüber der Einführung dieser Kurse habe ich bereits erwähnt. In einem zusammenfassenden Rückblick hält der Bericht die eher problematischen und die positiven Erfahrungen fest. Neben der Selektion werden als besondere Probleme der Zeitdruck, die individuellen Unterschiede in der Vorbildung und insbesondere die Vorbildung und Ausbildung in den musischen Disziplinen genannt. Als unbefriedigend wird die organisatorisch-didaktische Studiengestaltung charakterisiert:

"Einerseits hätte man gerne den im tertiären Schulbereich üblichen freieren Stil des Lehrens betrieben (Gruppenstudium, Selbststudium, individuelle Schulung, Seminare, neben wenigen obligatorischen Grundkursen im Hinblick auf individuelle Nachholbedürfnisse viele fakultative Kurse und Übungen), doch zwangen Zeitdruck und organisatorisch-personelle Gegebenheit zu traditionellen Unterrichtsformen: Normalstundenpläne mit vorwiegend obligatorischen Fächern (inkl. Handhabung des Absenzenwesens wie in Volks- und Mittelschule)".

Einen grossen Stellenwert nahm im gesamten Ausbildungsgang die Betreuung nach der Ausbildung am Seminar ein. Im Rahmen der Ausbildung am Seminar fand nur ein zweiwöchiges Praktikum statt. Die an die Ausbildung anschliessende Vikariatszeit von 2 Jahren wurde als betreute Praxisphase konzipiert. Das Patent erhielten die Absolventinnen und Absolventen erst nach diesen zwei Jahren aufgrund eines Schlussberichts.

Insgesamt gelangten die für den Sonderkurs verantwortliche Kommission und die Betreuer in ihrem Bericht zu einem ausgewogen positiven Urteil über die Ausbildung und Berufstätigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

Lehrerinnen in den Bereichen Handarbeit, Hauswirtschaft und Kindergarten, Solothurn 1988, zu erwähnen. Sie behandelt darin das Thema einer Zweitausbildung für Arbeitslehrerinnen (s. Beitrag in dieser Nummer).

¹³S. Anm. 2.; ebenfalls zu den folgenden Angaben.

Herausgehoben werden neben anderen Punkten die hohe Motivation, die Berufstreue und Anstrengungen in der Fort- und Weiterbildung.

In den 20 Jahren, während denen die Sonderkurse im Kanton Aargau durchgeführt wurden, nahmen 271 Lehrerinnen und Lehrer, 191 Männer und 80 Frauen, diese Ausbildung auf. In die ersten zwei Kurse wurden nur Männer aufgenommen, später auch Frauen (die Kurse wurden am Seminar Wettingen durchgeführt, das erst in den 60er Jahren koedukativ geöffnet wurde¹⁴). Die ersten 22 aufgenommenen Kandidaten kamen aus folgenden Berufen:

Telefonmonteur, Kaufmann (Ladenbesitzer), Polizist, Bauzeichner, Werkmeister, Schuhfabrikarbeiter, Mechaniker, Installateur, Innenarchitekt, Landwirt, Kürschner, Silberschmied, SBB-Beamter, Landwirt, Goldschmied, Gärtner, Verwaltungsangestellter, Metzgermeister, Bankangestellter, Maschinenschlosser, Schriftsetzer, kaufmännischer Angestellter.

Im Bericht sind die Berufstätigkeiten, welche vor Beginn der Ausbildung zum Lehrerberuf ausgeübt wurden, in fünf Gruppen zusammengefasst. Danach stammten die Absolventinnen und Absolventen der 13 Kurse aus folgenden Berufen:

- Handwerk: Schlosser, Mechaniker, Schreiner, Maler (...)	37%
- Kaufmännische Tätigkeit nach Lehre, Schule; Anstellung auf Kanzleien, in der Wirtschaft, Tätigkeit als Sekretär(in), Beamter (...)	30%
- Laborant, Schriftsetzer, Zeichner	23%
- Med. Berufe wie Arztgehilfin, Krankenschwester, soziale Arbeit	5%
- Div. Berufe nach schul. Ausbildung (u.a. Sportlehrer, Bildhauer, ...) Besuch einer Frauenfachschule, usw.	5%

Die Altersstruktur der Kandidatinnen und Kandidaten bei Kursbeginn ergibt folgendes Bild:

22 1/2 bis 24 Jahre	41 %
25 bis 28 Jahre	30 %
29 bis 35 Jahre	22 %
35 bis 42 Jahre	7 %

Eine letzte Feststellung betrifft die rechtliche Situation der Sonderkurse. Eine eigentliche gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Kurse bestand nicht. Sie wurden vom Grossen Rat von Fall zu Fall bewilligt, meist auf dem ordentlichen Budget-Weg oder über Nachtragskreditbegehren.

¹⁴Vgl. Schäfer P.: Lehrerbildung in Wettingen. Wettingen 1972.

Neubeginn

Da einerseits Ende der 70er Jahre in der Schweiz der Lehrermangel dem Lehrerüberfluss wich und andererseits im Kanton Aargau sich seit 1974 die Konzentration auf den Aufbau und Ausbau der Ausbildungsstrukturen an der Höheren Pädagogischen Lehranstalt richtete, wurde den Fragen nach dem zweiten Bildungsweg im Lehrerberuf im Kanton Aargau kaum Beachtung geschenkt, wenn auch das Thema hin und wieder erörtert wurde. Immerhin wurde im oben erwähnten Schlussbericht über die Sonderkurse die Option festgehalten, die Einrichtung von Sonderkursen für Berufsleute als bleibende Institution sei "ohne Rücksicht auf Lehrermangel und Lehrerüberfluss" zu studieren. Es handle sich dabei um "ein bildungspolitisches Problem von aktueller Bedeutung". Als 1982 im Grossen Rat ein Postulat zur "Wiedereinführung der Kurse zur Umschulung von Berufsleuten zum Lehrerberuf" eingereicht wurde, wurde dies zum offiziellen Anlass genommen, den ganzen Themenkreis unter grundsätzlichen Gesichtspunkten anzugehen. So war der Regierungsrat gewillt, das Postulat entgegenzunehmen. Bei seiner befürwortenden Stellungnahme ging er u.a. vom Grundsatz aus, dass die Lehrerbildung auf dem zweiten Bildungsweg ein dauerndes Bildungsangebot darstellen müsse, unabhängig vom jeweiligen Lehrermangel oder Lehrerüberfluss. Zudem dürfe dieser Weg zum Lehrerberuf nicht eine separate Ausbildung darstellen, sondern müsse in die reguläre Ausbildung an der HPL eingebunden werden.

Bereits Ende 1983 verabschiedete der Konvent der HPL ein erstes Grobkonzept für die Ausbildung von Primar- und Reallehrern auf dem zweiten Bildungsweg zuhanden der Aufsichtskommission. Der entsprechende Zeitplan der HPL sah vor, mit diesem Ausbildungsweg im Herbst 1985 zu beginnen. In der Folge wurde die Grundidee Schritt für Schritt konkretisiert. Diese Arbeiten und die Beratungen und Beschlussfassungen erforderten allerdings mehr Zeit als ursprünglich eingeplant war.

Im März 1989 leitete der Regierungsrat dem Parlament das Dekret mit der entsprechenden Botschaft zu. Im Dekret war eine Ausbildungszeit von insgesamt 7 Semestern vorgesehen, das erste Semester berufsbegleitend. Konzeptionell gliederte sich die Ausbildung in zwei Phasen: Drei Semester Allgemeinbildung im Sinne einer Vorbereitung auf den bestehenden Ausbildungsgang an der HPL mit einer Abschlussprüfung und mit einem entsprechenden Fähigkeitsausweis; anschliessend vier Semester reguläre Berufsausbildung an der HPL.

Kurz vor der Beratung der Vorlage im Parlament entstand gegen dieses Konzept Opposition. Handelte es sich dabei um eine anfänglich kleine und ausserparlamentarische Oppositionsgruppe¹⁵, so zeichnete sich in der Folge

¹⁵Vgl. Schulblatt für die Kantone Aargau und Solothurn, 15, 1989, S.8f.

auch auf parlamentarischer Ebene eine Tendenz zur Rückweisung der Vorlage ab. Kritisiert wurden u.a. die Dauer, die konzeptionelle Trennung von Allgemeinbildung und Berufsbildung sowie die frühzeitige Integration der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die regulären Ausbildungsstrukturen.

In der konfus anmutenden Situation entwickelte der Präsident der zuständigen parlamentarischen Kommission im Zuge der Beratungen einen Kompromissvorschlag, der Ausgangspunkt und Grundlage für die Erarbeitung einer zweiten Vorlage wurde.¹⁶ In den Beratungen im Parlament im September 1989 wurde zusätzlich zur regierungsrätlichen Vorlage und zum Kompromissvorschlag des Kommissionpräsidenten ein weiterer Vorschlag im Sinne der bisherigen Sonderkurse eingebracht. Schliesslich wies das Parlament das Dekret an den Regierungsrat zurück mit dem Auftrag, auf der Basis des Kompromissvorschlages eine Neukonzeption vorzunehmen. Bis Mai 1990 wurde ein neues Konzept und ein neues Dekret erarbeitet, das der Grosse Rat am 21. August 1990 einstimmig verabschiedete.

3. DAS AUSBILDUNGSKONZEPT

Auch für das zweite Konzept wurde am Grundsatz festgehalten, dass es sich bei diesem Ausbildungsweg um ein dauerndes Bildungsangebot handle und dass Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildung in der Praxis in keiner Weise benachteiligt sein sollten gegenüber jenen der regulären Ausbildung. So wurde trotz der Verkürzung der Ausbildungszeit weiterhin von einer betreuten Praxis nach Abschluss der Ausbildung abgesehen. Die Ausbildung soll an der HPL stattfinden und mit den gleichen Prüfungen bzw. Prüfungsausweisen und Patenten wie die reguläre abschliessen. Für Aufsicht, Inhalt und Organisation gelten sinngemäss die entsprechenden Rechtsmittel über die HPL.

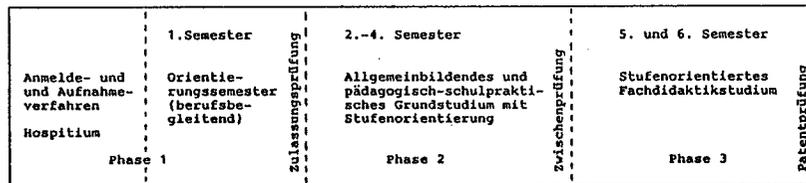
In konzeptioneller Hinsicht wurden die grundsätzlichen Elemente, ausser der Gesamtdauer und der Gliederung in einen ersten allgemeinbildenden Teil mit Prüfungsabschluss und einen zweiten berufsbildenden Teil, weitgehend beibehalten.

In den folgenden Abschnitten werden kurz das Grobkonzept und einige Ausbildungselemente skizziert.

Voraussetzungen und Verlauf

Die gesamte Ausbildungszeit erstreckt sich über 6 Semester. Die Ausbildung ist in drei Phasen gegliedert, die schematisch wie folgt dargestellt werden können:

¹⁶Vgl. den Bericht von F. Wille vom 19. September 1989 im Grossen Rat. In: Protokoll des Grossen Rates des Kantons Aargau, 1989, Art. 206, S. 336 ff.



Voraussetzungen für die Aufnahme zum Studium an die HPL auf dem zweiten Bildungsweg sind:

- Eine abgeschlossene Berufslehre von mindestens dreijähriger Dauer oder eine vergleichbare Vorbildung,
- eine mindestens dreijährige Erfahrung und Bewährung im Berufsleben,
- erfolgreiches Ergebnis der Eintrittsabklärung.

Phase 1: Aufnahme und Orientierungssemester

Von einer eigentlichen Aufnahmeprüfung im traditionellen Sinne und mit selektionierender Wirkung vor dem Eintritt in das berufsbegleitende Semester wird abgesehen. Anstelle einer punktuellen Prüfung und Eignungsabklärung durch Fremdbeurteilung tritt ein mehrphasiges Zulassungsverfahren. Das Aufnahmeverfahren mit Eintrittsabklärungen und das erste berufsbegleitende Semester bilden eine konzeptionelle Einheit. Neben der Fremdbeurteilung soll die Selbsteinschätzung der Kandidatinnen und Kandidaten einen angemessenen Stellenwert erhalten. So soll auch das berufsbegleitende erste Semester einer vertieften Orientierung und einer differenzierten Fähigkeits- und Eignungsabklärung dienen.

Das Aufnahmeverfahren erstreckt sich auf

- Einreichung und Auswertung der Anmeldeakten (mit ausführlichem Lebenslauf),
- schriftliche und praktische Eintrittsabklärung in Deutsch, Mathematik, Musik/Gymnastik oder Zeichnen/Werken,
- ein Hospitium von 4 halben Tagen,
- Aufnahmegespräch (dieses bezieht sich u.a. auf Motive zum Lehrerstudium und zum Berufswechsel, Ausbildungsgang, die Selbsteinschätzung für Studium und Beruf, spezielle Interessen und Fähigkeiten, Erfahrungen im Umgang mit Kindern, Lehrerbildung und Erziehungsideale),
- Aufnahmeentscheid der Aufsichtskommission.¹⁷

Die schriftlichen und praktischen Eintrittsabklärungen sollen nicht den Stellenwert und Charakter einer Aufnahmeprüfung bzw. einer Prüfung der Allgemeinbildung haben. Vielmehr sollen sie eine der Grundlagen für die

¹⁷Vgl. dazu die Informationsschrift der HPL "Lehrer werden im Aargau auf dem 2. Bildungsweg. Eine Information für Interessierte". Zofingen 1990.

Fremdbeurteilung und Selbsteinschätzung - vorwiegend im Aufnahmegespräch - sein. Sie sollen als Hinweise bezüglich des möglichen Ausbildungserfolges und der Berufseignung dienen. In diesem Sinne ist auch das Hospitium zu verstehen. Bis zum Zeitpunkt des Aufnahmegesprächs müssen die Kandidatinnen und Kandidaten ein Hospitium von insgesamt vier halben Tagen absolvieren. Schulort, Klasse, Stufe und Lehrperson können frei gewählt werden.

Es besteht das Ziel, im Aufnahmeverfahren sowohl die Fremdbeurteilung wie auch die Selbsteinschätzung zum Tragen kommen zu lassen. Dazu sollen auch die Erfahrungen aus den Hospitien und die Ergebnisse der Eintrittsabklärungen dienen.

Im berufsbegleitenden Semester stehen - neben Orientierung und Abklärung - die Einführung in die Fächer des Vollzeit-Studiums sowie die individuelle Beratung für die Studiengestaltung - z.B. bezüglich Pflichtfächer (Basisfächer), individueller und fakultativer Ergänzungskurse und Freifächer - im Vordergrund.

Am Ende des berufsbegleitenden Semesters findet eine Zulassungsprüfung statt. Die Prüfungsergebnisse sind entscheidend für die definitive Zulassung zum Vollzeit-Studium.

Phase 2: Allgemeinbildendes und Pädagogisch-schulpraktisches Grundstudium (2.-4. Semester)

In der Phase des Grundstudiums sollen die notwendige Allgemeinbildung sowie eine pädagogisch-didaktische Grundausbildung erarbeitet werden. Das Grundstudium enthält inhaltlich zwei Schwerpunkte: Allgemeinbildung in der ersten, Berufsausbildung in der zweiten Hälfte. Für die Detailgestaltung des Grundstudiums erarbeitete die Lehrerschaft der HPL ein Konzept, mit dem u.a. folgende Leitvorstellungen zu realisieren versucht werden:

- Nicht zu hohe Stundenzahl von Pflichtfächern (Basisfächer) und trotzdem genügend "geleitetes" Lernen,
- ausgewogenes Verhältnis der Pflichtfächer und der individuellen Studiengestaltung unter Berücksichtigung vorhandener Kompetenzen und Defizite,
- ausgewogenes Verhältnis zwischen Eigenstudium (auch eigenverantwortlich) und Gruppenstudium,
- genügend Freiraum für Beratung,
- Sicherung des Anschlusses an stufenorientiertes Fachdidaktikstudium im 5. Semester.

Die inhaltlich festgelegten Ausbildungselemente umfassen 17 Wochenstunden Pflichtfächer, sogenannte Basisfächer, ein dreiwöchiges Praktikum und Studienwochen. 3 Wochenstunden entfallen auf ein individuell festzulegendes "begleitetes Schwerpunktstudium" und 6 Wochenstunden auf Ergänzungskurse, bezogen auf die Vorbildung bzw. auf vorhandene Defizite (wobei in beiden Ausbildungselementen ebenfalls die oben genannte Schwerpunktsetzung - Allgemeinbildung bzw. Berufsbildung - in den einzelnen Semestern zu berücksichtigen ist).

Diese Ausbildungsphase schliesst mit einer analogen Zwischenprüfung wie im regulären Studiengang ab. Die allgemeinbildenden naturwissenschaftlichen Fächer und Realienfächer werden im Rahmen einer Studienwoche Realien am Ende des zweiten Semesters mit einer (Haus-)Arbeit abgeschlossen.

Phase 3: Stufenorientierte fachdidaktische Ausbildung (5. und 6. Semester)

Die Semester 5 und 6 des Ausbildungsganges entsprechen inhaltlich dem letzten Ausbildungsjahr des regulären Studienganges. Hier steht die Ausbildung in den einzelnen Fachdidaktiken im Vordergrund.

Neben den Lehrübungen im Zusammenhang mit dem Fachdidaktik-Unterricht findet auch das sechswöchige Praktikum auf der gewählten Stufe statt.

Da auch die Gruppen des regulären Ausbildungsganges aufgrund der Wahlmöglichkeit des Stufenschwerpunktes neu zusammengesetzt werden, können die Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges in die neu zu bildenden Gruppen integriert werden oder eine separate Gruppe bilden. Die Erfahrung wird zeigen, welche Form sinnvoller ist.

Die Schlussprüfungen am Ende der Ausbildung entsprechen jenen des regulären Ausbildungsganges, ebenfalls die Bestimmungen zur Erteilung der Wahlfähigkeit.

4. REALISIERUNG

Nach Ablauf der nicht benützten Referendumsfrist konnte das Dekret auf den 15. Dezember 1990 in Kraft gesetzt und der erste Studiengang ausgeschrieben werden.

Startbedingungen

Bei der Erarbeitung des Konzepts gingen wir davon aus, dass dieses Bildungsangebot zwar auf Interesse stossen würde. Wir nahmen aber auch an, dass wir nach Inkrafttreten des Gesetzes genügend Zeit für weitere Detailarbeiten hätten und dass wir in bescheidenem Umfang, d.h. mit einer Gruppe, beginnen würden. So hätten projektartig die konzeptionellen Ausdifferenzierungen mit ersten Realisierungserfahrungen verbunden werden können. Die zeitlichen Verzögerungen und der zunehmende Lehrermangel veränderten die Rahmenbedingungen. Vor allem aber löste das unerwartet grosse Interesse an diesem Ausbildungsgang eine andere Dynamik aus. Im Anschluss an Presseberichte über jeweilige Beschlüsse des Regierungsrates während der letzten Phase der Planungsarbeiten und über die parlamentarische Behandlung der ersten, zurückgewiesenen Vorlage meldeten sich über 300 Interessentinnen und Interessenten. Aufgrund der offiziellen Ausschreibung bestellten weitere rund 150 Interessentinnen und Interessenten die Anmel-

deunterlagen. Die Zeitknappheit und die Unsicherheit über die effektiv sich für den ersten Studiengang anmeldenden Kandidatinnen und Kandidaten erschweren die konzeptionellen Detailarbeiten. So standen wir insbesondere vor der Frage, angesichts der vermutlich grossen Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern, anstelle des geplanten Zulassungsverfahrens eine Aufnahmeprüfung durchzuführen. Wir entschieden uns aber doch dafür, auch bei einer grösseren Zahl von Anmeldungen soweit wie möglich das oben skizzierte Konzept zu realisieren und damit Erfahrungen zu sammeln.

Im vorgesehenen Verfahren werden für jede Kandidatin und jeden Kandidaten die Anmeldeakten, die Arbeiten der Eintrittsabklärungen und das Aufnahmegespräch mittels je eines Punktesystems (durch je unterschiedliche Beurteiler) bewertet. Aufgrund der Bewertungen wird je eine Aufnahmeempfehlung - sehr empfohlen/empfohlen/bedingt empfohlen/nicht empfohlen - sowie eine abschliessende Gesamtempfehlung durch die am Aufnahmeverfahren Beteiligten zuhanden der Aufsichtskommission formuliert.

Für den ersten Studiengang haben sich definitiv 108 Kandidatinnen und Kandidaten angemeldet: 56 Frauen, 52 Männer. Die definitive Anzahl, die in den ersten Studiengang aufgenommen wird, liegt noch nicht fest. Sie dürfte zwischen 40 und 60 liegen.

Die Altersstruktur der angemeldeten Kandidatinnen und Kandidaten ergibt folgendes Bild:

22 - 24 Jahre	29 = 27 %
25 - 28 Jahre	35 = 32 %
29 - 35 Jahre	30 = 28 %
> 35 Jahre	14 = 13 %
	(13 Frauen; 1 Mann)

Eine Zusammenstellung der Berufsgruppen, aus denen die Kandidatinnen und Kandidaten stammen, ergibt folgende Darstellung:

Kaufmännische Berufe/Berufe im Dienstleistungssektor (Büro, Verkauf, Handel)	44 = 41 %
Berufe im grafischen und gewerblich-industriellen Bereich (z.B. Hochbauzeichner, Mechaniker, Monteur usw.)	37 = 34 %
Berufe des Gesundheitswesens, soziale Berufe	16 = 15 %
Inhaber(innen) eines Lehrdiploms (u.a. Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen)	7 = 6 %
Verschiedene Berufe (u.a. Schauspieler(in), Diplommittelschule)	4 = 4 %

Es dürfte interessant sein, nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens, die Altersstruktur und die Berufsgruppen der Angemeldeten mit jener, die in die Ausbildung aufgenommen werden, zu vergleichen. Es wird sich auch zeigen, wie hoch der Prozentsatz jener sein wird, die im Laufe des berufsbegleitenden Semesters die Ausbildung wieder abbrechen werden. Aufgrund erster Erfahrungen wird sich auch weisen, ob den Kandidatinnen und Kandidaten inskünftig zur Vorbereitung auf die Ausbildung gezielte Hilfen (Vorbereitungskurse, Fernkurse, Lernmaterialien) zur Verfügung gestellt werden müssten. Ob die vorgesehene didaktisch-methodische Struktur des Ausbildungsweges den Zielvorstellungen entspricht und wieweit die Erwartungen erfüllt werden, wird sich in den ersten Studiengängen zeigen. In diesem Sinne bedeutet die Einführung des zweiten Bildungsweges als regulärer Ausbildungsweg zum Lehrerberuf auch für die bestehende Institution und ihre Lehrkräfte eine Herausforderung und eine Chance.

BEITRÄGE ZUR LEHRERBILDUNG

JAHRGANG 9
HEFT 1
FEBRUAR 1991

ISSN 0259-353X

Zeitschrift zu theoretischen und praktischen
Fragen der Didaktik der Lehrerbildung

Informationsorgan und Forum des SPV

Erscheint 3 mal jährlich: Februar, Juni, Oktober
Redaktionsschluss: jeweils am 10. Tag des Vormonats

Herausgeber

Schweizerischer Pädagogischer Verband (SPV)
Fachverband des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer (VSG)
Präsident: Dr. Hans Brühweiler, Landstrasse 12, 4452 Itingen, 061 98 39 88

Redaktion

Dr. Peter Füglistner, Hofwilstrasse 20, 3053 Münchenbuchsee, 031 869 38 17
PD Dr. Kurt Reusser, Schössli, 3412 Heimiswil, 034 22 84 63
Dr. Fritz Schoch, Thoracker 1, 3294 Büren an der Aare, 032 81 40 89

Typoskript

Christine Pauli (Layout), Claudia Crotti, Heidi Lehmann, Marina Radicevic

Inserate und Stellenanzeigen:

Dr. Peter Füglistner (verlangen Sie das Merkblatt mit den BzL-Insertionsbedingungen)

Rezensionsexemplare und Buchbesprechungen

An Dr. Peter Füglistner senden. Für nicht angeforderte Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen. Bei Buchbesprechungen sind begleitende Inserate erwünscht.

Normen zur Abfassung von Manuskripten

Normen zur Herstellung druckfertiger Typoskripte und Disketten können bei den Redaktoren bezogen werden. Manuskripte bitte in dreifacher Ausführung an einen der Redaktoren schicken.

Abonnementspreise

Mitglieder SPV/VSG: sFr. 30.-- (im Verbandsbeitrag eingeschlossen)
Nichtmitglieder SPV/VSG: sFr. 36.--
Gönner (freiwillig): sFr. 50.--
Institutionen: sFr. 50.--

Adressänderungen / Abonnementsmitteilungen

Schriftlich an: "Beiträge zur Lehrerbildung", c/o SIBP, Kirchlindachstrasse 79,
3052 Zollikofen.
Hier können auch Einzelnummern der BzL zu sFr. 15.-- bestellt werden
(solange Vorrat)

Druck

Suter Berno AG, Beltrasse 16, 3007 Bern, 031 25 87 67

Editorial *Fritz Schoch, Peter Füglistner, Kurt Reusser* 4

SCHWERPUNKT: LEHRER(INNEN)BERUF ALS ZWEITBERUF

Aargau	<i>Urs Peter Lattmann</i> Der Weg zum Lehrerberuf auf dem zweiten Bildungsweg	6
Thurgau	<i>Ernst Hablützel</i> Der thurgauische Ausbildungsgang zur Primarlehrerin/zum Primarlehrer für Berufsleute	19
Luzern	<i>Constantin Gyr</i> Lehramtskurs für Berufstätige	27
Bern	<i>Fritz Schoch</i> Neuer Weg zum Primarlehrer(innen)beruf im Kanton Bern	33
St. Gallen	<i>Erwin Beck, Thomas Krucker</i> Berufsleute werden Primarlehrer(innen)	36
EDK-Mandat	<i>EDK: Pädagogische Kommission</i> Bildung einer Studiengruppe "Zugänge zum Lehrerberuf für Berufsleute"	39
Anmerkungen		
• aus bildungs- biografischer Sicht	<i>Gertrude Hirsch</i> Welche Chancen liegen im Lehrerberuf als Zweitberuf?	41
• aus didaktischer Sicht	<i>Susanne Steiner</i> Anmerkungen zur didaktischen Gestaltung der Lehrerausbildung als Zweitausbildung für Berufsleute	47
• aus berufspädagogi- scher Sicht	<i>Hans Kuster</i> Ausbildung von Berufsleuten zu Berufsschullehrer/innen	50
• eines Ausbildners	<i>Hans Rudolf Egli</i> Erwartung zur beruflichen Ausbildung an Maturandenkursen	53
• eines Lehrers aus (Zweit)berufung	<i>Hans Rufer</i> Lehrer aus Berufung - Lehrer als Zweitberuf	58
Literarisches Fragment	<i>Oscar Peer</i> Anmerkung zur Schule	60